

## Fehlgeleitete Stabilitätspakt-Debatte

Sebastian Dullien

Hoch hergegangen sind in den vergangenen Wochen die Diskussionen um die Reform des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts. Insbesondere aus Deutschland war dabei immer wieder der Druck gekommen, die Budgetregeln so zu verschärfen, dass Defizitsünder schneller Strafen zahlen müssen oder ihnen gar das Stimmrecht in der Eurogruppe entzogen wird.

Kurzfristig sah es so aus, als könnten die Deutschen ihre Wünsche sogar durchsetzen: Im September schlug die EU-Kommission vor, dass Strafzahlungen für Defizitsünder quasi automatisch einsetzen. Doch Frankreich und andere Staaten wollten nicht mitziehen. Der Kompromiss enthielt am Ende nur geringe Verschärfungen der bisherigen Defizit-Regeln. Die konservative deutsche Presse tobte und warf Bundeskanzlerin *Angela Merkel* Verrat der deutschen Interessen vor.

Tatsächlich aber ist die Aufregung um die Budgetregeln völlig übertrieben. Ob es in der Euro-Zone zu neuen Schuldenkrisen kommt und ob Deutschland am Ende für Partnerstaaten erneut einspringen muss, hängt von ganz anderen Faktoren ab, sodass schärfere Budgetregeln die aktuelle Schuldenkrise kaum verhindert hätten. Sicher, die griechische Regierung hat über Jahre zu viel Geld ausgegeben und zu wenige Steuern eingenommen. Nach aktuellen Zahlen lag Griechenlands Defizit im vergangenen Jahrzehnt tatsächlich niemals unter der Marke von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Jedoch: Athen hat seine Haushaltssahlen manipuliert und falsche Daten nach Brüssel geliefert. Daran hätten auch schnellere Strafen nichts geändert.

Vor allem aber hätten die verschärften Haushaltssregeln die Krisenfälle Irland und Spanien nicht verhindert. Diese Länder hatten bis vor der Krise sogar Haushaltsüberschüsse. Hier war das Problem, dass das Wirtschaftswachstum vor der Krise von einem nicht dauerhaft nachhaltigen Verschuldungs-, Immobilien- und Bauboom getragen wurde. Als die globale Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 ausbrach, rutschten diese Länder in eine tiefe Rezession. Die Arbeitslosigkeit schoss in die Höhe, Steuereinnahmen brachen ein, die Regierungen sahen sich zu Konjunkturpaketen und Bankenrettungen genötigt. Und auch bei härteren Budgetregeln und schärferen Strafen wären beide Länder mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den schwindenden Steuereinnahmen konfrontiert gewesen. Auch bei schnellen Sanktionen und Strafzahlungen hätte es die Probleme in Irlands Bankensektor gegeben und die Regierung hätte wohl kaum auf die Bankenrettung verzichtet.

Zudem ist auch heute im Fall Irlands und Spaniens gar nicht unbedingt der Schuldenstand das Problem. Es sind vielmehr die Defizite in Kombination mit dem schwachen Wirtschaftswachstum. Neben den Fehlbeträgen im Haushalt ist das nominale Wirtschaftswachstum nämlich ein zentraler Bestimmungsfaktor für die Schuldendynamik. Ist das Wachstum höher, stabilisiert

sich die Schuldenquote (gemessen als Schulden relativ zum BIP) automatisch auf einem niedrigeren Niveau.

Portugal, Irland, Spanien und Griechenland aber haben in den vergangenen Jahren so viel an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren, dass sie auf absehbare Zeit kaum Wachstum aus dem Export generieren dürften. Zugleich schwächtet wegen der Sparprogramme die inländische Nachfrage. Die Länder sind in einer Wachstumsfalle gefangen.

Diese Fehlentwicklung kann nur korrigiert werden, wenn in den Euro-Peripherie-Ländern die Lohnsteigerungen für mehrere Jahre hinter der Produktivitätsorientierung zurückbleiben. Gleichzeitig müssten die Löhne in Deutschland für einige Zeit schneller als die Produktivitätszuwächse plus Zielinflation steigen. So würden langsam sowohl die Divergenzen in der Wettbewerbsfähigkeit als auch die enormen Leistungsbilanzungleichgewichte im Euro-Raum verschwinden. Die Krisenländer könnten wieder wachsen. Nur so ist eine Sanierung der Staatsschulden zu erreichen und eine neue Krise zu vermeiden. Ohne eine Wende in der Wirtschafts- und Lohnpolitik in Deutschland dagegen wird auch die Wende in den Krisenländern schwieriger, weil diese dann eine noch längere Phase der Lohndeflation durchmachen müssten.

Noch ist unklar, ob es nach der Krise wirklich eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Euro-Zone geben wird. Die Kommissionsvorschläge vom September sahen vor, auch Sanktionen gegen Mitgliedstaaten zu verhängen, die permanent zu makroökonomischen Ungleichgewichten beitragen. Dabei sind die Vorlagen so formuliert, dass im Prinzip sowohl Länder mit Leistungsbilanzdefiziten, wie Spanien oder Portugal, wie auch Überschussländer wie Deutschland abgemahnt und bestraft werden könnten. Zumindest prinzipiell wäre ein solcher Rahmen ein großer Schritt vorwärts für eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone und damit für eine langfristig stabilere Währungsunion.

Die Frage ist allerdings zum einen, ob diese Ideen tatsächlich in das Gesetzgebungsverfahren einfließen – gerade weil Deutschland alles tun wird, um zu verhindern, dass es am Ende selber an den Pranger gestellt wird. Zum anderen ist offen, ob wirklich die Kommission am Ende ihre Macht auch benutzen würde, um Überschussländer wie Deutschland zu einer Wende in der Wirtschaftspolitik zu zwingen. Immerhin sind die deutschen Überschüsse auch in Brüssel lange verharmlost worden.

**Sebastian Dullien**, Prof. Dr., lehrt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Geldpolitik, Makroökonomie, Internationale Währungsbeziehungen, Funktionsbedingungen der Europäischen Währungsunion.

e-mail: [sebastian.dullien@htw-berlin.de](mailto:sebastian.dullien@htw-berlin.de)